

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 9. November 1894.

Der „Bauernfang“ der Sozialdemokratie.

Der Frankfurter Parteitag hat in Sachen der Landagitation eine Entschliebung gefaßt, worin es heißt: „Es wird Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich mit der Agrarfrage befaßt. Da die ländlichen Zustände in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln. Die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgültig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt. Ein besonderer Agrarausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.“

Ein solcher Agrarausschuß wurde dann auch richtig gewählt, und man darf sich darauf gefaßt machen, daß nunmehr mit dem „Bauernfange“, wie ihn Herr Bebel bezeichnete, überall Ernst gemacht werden soll, und zwar mit dem Bauernfange nach dem Rezept des Herrn von Vollmar, das sich ja in Bayern bewährt haben soll, und das in der Hauptsache darin besteht, die Endziele der sozialdemokratischen Taktik zu verhüllen. Ein jüngerer Gießener Genosse, der frühere Assessor David, hat auch bereits eine Formel gefunden, nach der auf dem Lande gelehrt und agitirt werden soll. Danach hat die Sozialdemokratie nichts gegen den Besitz von Gebrauchsgütern einzuwenden, und will das Privateigenthum an den zur Kleinproduktion in Handwerk und Landwirtschaft nöthigen Produktionsmitteln, einschließlich des kleinbäuerlichen Grund und Bodens, den Leuten lassen, „so lange sie es haben mögen.“

So sollen nämlich die Bauern belehrt oder vielmehr belogen werden, während es in Wahrheit im Parteiprogramm, auf das jeder zielbewußte Genosse sich verpflichten muß, heißt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerken, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum kann es bewirken, daß die Großbetriebe und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt werden.“ Theoretisch und praktisch wird es selbst dem findigsten Volksbeglucker unmöglich sein, die Grenze aufzustellen, bei der der Grundsatz der allgemeinen Enteignung und des Gemeinschaftsbetriebes zu Gunsten des Kleinbesitzes Halt zu machen hätte. Welcher Kleinbäuerliche Haushalt auf dem Lande könnte z. B. der Diensthoten entbehren? Und doch soll und darf es, damit die allgemeinen Menschenrechte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Geltung kommen, im Zukunftsstaate durchaus keine Herren und Knechte mehr geben!

Möglich, daß die Zerwürfnisse, die sich über die Opportunitäts politik der süddeutschen Parteiführer zwischen ihnen und den norddeutschen Genossen ergaben, zu einer förmlichen Spaltung führen werden. Ob aber eine solche Spaltung die sozialdemokratische Bewegung als Ganzes ungefährlicher machen, die Propaganda des Umsturzes lähmen wird — wie Gutgläubige meinen — steht dahin. Die norddeutschen Theoretiker werden durch die süddeutschen Praktiker zunächst auf die Seite gedrängt werden. Haben die Letzteren aber einmal mit ihren Verschleierungen das Feld gewonnen und die Bauern kirre gemacht, indem sie sich als gutgläubige Christen und staatsstreue Steuerbewilliger ausgaben, die zudem dem kleinen Landmann seine Scholle nicht rauben wollen, so werden die Ersteren zur rechten Zeit nicht müßig sein, sobald einmal die Massen in Bewegung sind, die echte Fahne des

sozialistischen Zukunftsstaates zu entrollen. Alsdann wird man dem Bauern, der gutmüthig genug war, den kleinen Finger herzugeben, die ganze Hand nehmen — hierin werden Theoretiker und Praktiker alsdann flugs einig sein. Darum soll sich die Landbevölkerung bei Zeiten warnen lassen und sich selber wehren!

Ein weiterer Zweck, der mit der Landagitation verfolgt werden soll, wird übrigens in dem sozialdemokratischen Blatte „Die Gleichheit“ ausgeplaudert; sie soll der Kasernenagitation, die sich bisher als ein schwieriges und unter Umständen gefährliches Ding erwiesen hat, vorarbeiten. Die Landagitation soll dafür sorgen, „daß auch der junge Mann vom Lande bereits als politisch Wissender in die Armee eintritt“. Weil es also direkt nicht gelingen will, das Heer zu gewinnen, das als Säule der staatlichen und moralischen Ordnung, als Pfleg- und Erziehungsstätte vaterländischen Geistes der Sozialdemokratie besonders unbequem ist, soll es auf Umwegen versucht werden.

Wohin man sieht, wendet die Sozialdemokratie auf versteckte Art ihre unehrlichen Waffen an, um zum Ziele zu kommen. Daß sie keine bessere Art und keine besseren Waffen hat, bleibt uns Trost und giebt uns Zuversicht in dem Kampfe gegen die Bestrebungen des Umsturzes. Aber es heißt fort und fort sich tüchtig rühren, wenn Treue und Wahrhaftigkeit den Sieg behalten sollen.

Die Verbreitung der Sozialdemokratie.

Im Anschluß an die kürzlich erschienene Schrift von Neumann-Hofer, in der die für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommenden Zahlen der amtlichen Statistik der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten geordnet und zusammengestellt sind, wird jetzt vielfach in den Blättern die zahlenmäßige Stärke der Sozialdemokratie erörtert. In der That zeigen die Ergebnisse der Wahlstatistik bei keiner anderen Partei so wie bei der sozialdemokratischen die wirkliche Stärke der Zahl ihrer Gefolgschaft an. Denn bei den bürgerlichen Parteien werden vielfach vor und während der Hauptwahl Kartelle und Kompromisse geschlossen, und ferner stellt jede der bürgerlichen Parteien in der Regel nur in solchen Wahlkreisen Kandidaten auf, in denen sie eine erheblichere Anzahl von Anhängern hat und wenigstens Ansätze einer Organisation besitzt. Deshalb kommt bei den bürgerlichen Parteien vielfach ein gewisser, statistisch nicht faßbarer Stimmenaustausch vor und hat das Gesammtergebnis jeder einzelnen unter Wahlenthaltungen von Anhängern zu leiden, die in aussichtslosen Wahlkreisen verstreut sind. Die Sozialdemokratie dagegen schließt höchstens bei Stichwahlen Kompromisse ab und hat immer mehr den Grundsatz befolgt, daß jede allgemeine Wahl zu einer Heerschau über ihre gesammte Gefolgschaft benutzt werden soll. Daher die große Zahl der sozialdemokratischen Zählkandidaturen, namentlich bei der letzten Hauptwahl im Juni vorigen Jahres, als von den 397 Wahlkreisen nur in 15 keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden.

Uebersieht man die statistischen Zahlen seit 1871, so ergibt sich die betäubende Erscheinung eines bald langsameren, bald schnelleren, aber doch stetigen Anschwellens der Sozialdemokratie, das nur ein Mal unterbrochen worden ist, nämlich nach den Attentaten im Jahre 1878 und unter der ersten Wirkung des Sozialistengesetzes, das die ganze Organisation der Partei mit einem Schlage zerstörte und die sozialdemokratische Press- und Versammlungsfreiheit bedeutend einengte. Während 1877 unter 100 abgegebenen gültigen Stimmen noch 9,13 für Sozialdemokraten gelautet hatten, war dieser Prozentantheil 1878 auf 7,59, 1881 auf 6,12, zurückgegangen; aber diese Wirkung hielt nicht vor, bei der letzten unter

dem Sozialistengesetze vorgenommenen Wahl 1890 lauteten von 100 gültigen Stimmen nicht weniger als 19,75 sozialdemokratisch.

Leider kann uns die Statistik nicht lehren, nach welchem Verhältnis sich die sozialdemokratischen Wähler in überzeugte Anhänger des Umsturzes und in Bethörte, ihres Thuns nicht klar bewußte Mitläufer scheiden. Ohne Zweifel aber überwiegt die Zahl der Bethörten, die zur Sozialdemokratie halten, weil diese sie mit den maßlosesten Versprechungen füttert, die Zahl der Zielbewußten ganz bedeutend. Es fragt sich ferner, ob dem Spielraum der sozialdemokratischen Verführung nicht eine natürliche Grenze gesetzt sei, insofern als jeder halbwegs Verständige, der noch etwas zu verlieren hat, sei es auch nur ein inneres Glück bei bescheidenen Daseinsbedingungen, sich zehn Mal besinnen wird, ehe er mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel der „Diktatur des Proletariats“ und der Abschaffung von Eigenthum, Familie und Religion huldigt. Mancher glaubte jene Grenze schon erreicht, als 1890 im Reiche 1 427 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Aber diese Zahl stieg 1893 noch auf 1 786 000. Trotzdem ist es richtig, daß jede Art von Besitz und von Zufriedenheit mit dem bescheidenen Loos eine natürliche Schranke für die Ausbreitung der Sozialdemokratie bildet. Die Sozialdemokraten selbst erkennen das an, indem sie sich jetzt nach der allmählich vollzogenen Einstellung des großstädtischen Proletariats in ihre Reihen immer eifriger die Köpfe darüber zerbrechen, wie dem Bauernstande beizukommen sei. Die darauf gerichteten Versuche werden um so mehr vergeblich sein, je ernsthafter es mit allen Bestrebungen genommen wird, die darauf abzielen, der Landbevölkerung ihren Besitz an sittlichen und materiellen Gütern zu erhalten und zu mehren.

Politische Tagesfragen.

Ueber die Todeskrankheit des verstorbenen Zaren

hat Professor Seyden einem Berichterstatter erklärt, daß durch die in der Nacht vom 2. und 3. November erfolgte Sektion Folgendes festgestellt worden sei: chronische Nephritis (Nierenentzündung) mit beginnender Nierenschwundung, sekundäre Vergrößerung des Herzens, sporadische Entzündungsherde im linken Lungenflügel. Der Magen wurde unverändert gefunden. Das Gerücht, daß der Kaiser mit Strychnin oder Phosphor vergiftet worden sei, sei eine Erfindung.

Ein neues Exerzierreglement

sollte einem Berliner Blatte zufolge bereits von dem obersten Kriegsherrn begutachtet worden und seine Einführung bei der Infanterie nur noch eine Frage der Zeit sein. Diese Mittheilung wird im „Reichsanzeiger“ für erfunden erklärt.

Bundesrathssitzung.

In der am Donnerstag, 8. d. M., unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staats-Ministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Gesekentwurf, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Etatsjahr 1894/95, sowie dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege die Zustimmung ertheilt. Genehmigt wurden die Entwürfe der Stats auf das Etatsjahr 1895/96 für die Verwaltung des Reichsheeres, für das Reichsschatzamt und für den allgemeinen Pensionsfonds, sowie die Statsentwürfe für die Einnahme an Zöllen, Verbrauchssteuern u. und für die Einnahme an Stempelabgaben. Außerdem wurde über den Allerhöchsten Orts zu unterbreitenden Vorschlag wegen Besetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht Beschluß gefaßt.

Maßregeln gegen Viehseuchen.

Nachdem in Hamburg bei zwei amerikanischen Rindersendungen das Texasfieber festgestellt worden ist, haben die Regierungen der an die Nord- und Ostsee angrenzenden Bundesstaaten die Einfuhr von lebendem Rindvieh und frischem Rindfleisch aus Amerika verboten, und es werden nur solche Sendungen unter der Bedingung der sofortigen Abschachtung noch zugelassen, welche bis einschließlich den 28. v. M. aus Amerika abgegangen sind. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß zur Umgehung dieser Einfuhrverbote der Versuch

gemacht werden wird, amerikanisches Rindvieh oder Rindfleisch auf dem Umweg über die bayerische Grenze nach Deutschland einzuführen, hat auch der bayerische Minister des Innern auf Veranlassung des Reichsamtes des Innern unter dem 8. November die Einfuhr von lebendem Rindvieh und frischem Rindfleisch aus Amerika verboten und das sofortige Inkrafttreten dieses Verbots verfügt.

Ein sozialdemokratisches Blatt

hält sich darüber auf, daß in den oberen Klassen der höheren Lehranstalten die Dichtung des Kaisers „Sang an Aegir“ zum Gegenstand von Besprechungen gemacht werden soll, und will darin den Versuch erkennen, auf deutschem Boden Byzantinismus zu züchten. Es kann nur eine absichtliche Entstellung des Sachverhaltes sein, wenn man sich gebietet, als sollten Schüleraufsätze darum gemacht werden, damit das kaiserliche Gedicht als solches gelobt werde. Vielmehr wird es sich einfach darum handeln, daß der Jugend die germanische Götterlehre wieder näher gerückt werde, die in den Schulen häufig hinter der antiken heidnischen zurücksteht. Der Kaiser hat offen geäußert, daß er dies für die Pflege des nationalen Geistes erprießlich und nothwendig halte; und wenn der „Sang an Aegir“, der heute in Aller Munde ist, dazu besonderen Anlaß giebt, so ist das jedem Unbefangenen wohl verständlich. Daß den akademischen Kostgängern der Sozialdemokratie vaterländischer und volkshümlicher Geist fremd ist, daß sie ihn als Feind erachten, weiß man längst: nur der Theil des Volkes wird ja ihren Theorien zugänglich, der durch die Abschwächung des nationalen Empfindens entnervt und stumpf geworden ist. Daher die angebliche Sorge um „Byzantinismus.“

Bierbojkott.

Der Sozialdemokratie ist neuerdings wieder der Kamm geschwollen, weil die Dresdener Aktienbrauerei Walschlößchen mit ihr paktirt hat. In den bürgerlichen Kreisen der sächsischen Hauptstadt wird diese Nachgiebigkeit scharf verurtheilt. Der dortige „Bürgerausschuß für patriotische Kundgebungen“ beruft sich darauf, daß er solche Gewerbetreibende, die aus dem Bojkott Schaden erführen, über das geforderte Maß hinaus unterstützt habe und noch Weiteres für sie gethan haben würde; die Brauerei aber habe dem eigenen Vortheil das allgemeine Interesse hintangelegt und bei der Probe auf das Exempel versagt, ob die finanziell gesicherten bürgerlichen Elemente noch die Energie und Ausdauer besäßen, den Machtgelüsten des Umsturzes erfolgreich entgegenzutreten. Die Dresdener Garnisonverwaltung hat den Soldaten den Besuch der Walschlößchenbrauerei verboten. Die Brauerei beruft sich darauf, daß sie nicht in allen Forderungen nachgegeben, die Sozialdemokratie vielmehr auf die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter verzichtet habe. Daraus erhellt, daß die Sozialdemokratie in Berlin für unannehmbar hält, was sie in Dresden zugestanden hat. Was den „Vorwärts“ nicht hindert, den „ehrenvollen Dresdener Friedensschluß“ zu loben und neuerdings zu behaupten, daß nicht seine Partei, sondern die Ringbrauereien an der Fortsetzung des Bierkrieges schuld seien. Er rühmt sich des Erfolges, daß der Bojkott auf die Berliner Brauereiproduktion vermindert wirkt, beklagt aber in demselben Athem, daß die Brauereien ihre Arbeiterzahl verminderten. Wenn er mit seiner Produktionsstatistik recht hat, so wären ja auch die Arbeiterentlassungen damit erklärt und gerechtfertigt und zugleich dargethan, was es mit der Behauptung auf sich hat, daß der ganze Bierkrieg zum Nutzen und Frommen der Arbeiterschaft unternommen sei.

Cholera.

In der Woche vom 29. Oktober bis 5. November, Mittags, wurden, wie in den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts“ mitgetheilt wird, nachstehende Erkrankungen (und Todesfälle) gemeldet: Ostpreußen: 8 (3), davon 3 (2) im Stadtkreise Königsberg, 4 (—) in drei Orten des Kreises Labiau, 1 (1) in einem Orte des Kreises Niederung. Weichselgebiet: 12 (8) im Landkreise Elbing, und zwar bis auf einen nicht tödtlich verlaufenen Fall sämmtlich in Tolkemit. Neke-Wartegebiet: 7 (1) in Rakel, Kreis Wirß. Schlesien: 4 (2) in einem Orte des Kreises Glogau; vom 28. Oktober bis 3. November kamen in Oberschlesien: 10 (1) Fälle vor, hiervon in drei Orten des Kreises Rattowitz 8 (—), in je einem Orte der Kreise Pleß und Groß-Strelitz 1 (1) bezw. 1 (—).

Beim 2. Bataillon 3. Posenischen Infanterie-Regiments Nr. 58 in Glogau sind am 5. und 6. ds. Mts. Magen- und Darm-erkrankungen in größerer Zahl vorgekommen. Das Auftreten derselben weist auf eine gemeinsame schädliche Einwirkung hin, die zwar ihrem Wesen nach noch nicht genau ermittelt ist, jedenfalls aber eine ganz vorübergehende war und nicht mehr fortdauert. Ein Verdacht auf Cholera ist dem „Reichsanzeiger“ zufolge nach dem Ergebnis der bakteriologischen Untersuchungen und dem Verlauf der durchweg leichten Erkrankungen auszuschließen. Bereits am 7. ds. Mts. waren fast sämmtliche Erkrankte genesen.

Uns Südwestafrika.

Von den letzten Vorgängen in Südwestafrika, die zur Unterwerfung Hendrik Witboois führten, giebt ein an das südwestafrikanische Handelskontor in Dresden gesandter Bericht ein anschauliches Bild. Wir entnehmen dem Schreiben folgende Schilderung: „Die Belagerung Hendrik Witboois in der von zwei wilden Bergketten gebildeten Nauklust war ein schweres Stück Arbeit für unsere Schutztruppe, der eine Zeit lang die Nahrungsmittel gänzlich ausgegangen waren, sodaß, als kurz vor dem Kampfe, am 27. August, die Proviantkolonne aus der Ebene anlangte, die Mannschaft bereits genöthigt gewesen war, zur Stillung ihres Hungers Pferde zu schlachten. An diesem Tage erstiegen die Deutschen unter fortwährendem Feuer der Leute Witboois nach dreistündigem Klettern die Felsen, die rechts und links das Lager der Hottentotten umgaben, wobei letztere freilich jeden Fußbreit Boden auf das Hartnäckigste vertheidigten und sich, als ein deutsches Feldgeschütz auf der Höhe erschien, sofort daran machten, es zu erobern. Beinahe wäre es dabei zum Kampfe Brust gegen Brust gekommen. So nahe waren sie schon, daß ein Artillerist in seiner Kampfbegierde dem nächsten Hottentotten seine Feldflasche ins Gesicht warf, freilich nicht ohne vorher den letzten Tropfen zu sich genommen zu haben. In diesem Augenblicke erschien Hauptmann Sack mit ausgiebiger Verstärkung auf dem Platze. Jetzt zogen die Hottentotten sich zurück, und die erste jetzt folgende Kartätschenladung mitten in den dichtesten Haufen hinein ließ sie auseinanderstieben und verschwinden.“

Sozialpolitisches.

Die Krankenkassen und die Sozialdemokratie.

Das „ärztliche Vereinsblatt“ macht auf eine Anzeige im ärztlichen Centralanzeiger aufmerksam, die folgenden Wortlaut hat: „Ärzte, welche der Arbeiterklasse politisch nahe stehen und in der sparsamen Arzneiverordnung erfahren sind, erhalten einträgliche Rassenarztstellen kostenfrei nachgewiesen durch Dr. Landmann in Boppard.“ Der Nebensatz „welche der Arbeiterklasse politisch nahe stehen“ soll natürlich soviel bedeuten, wie „welche Sozialdemokraten sind,“ und an diese Erkenntniß knüpft das ärztliche Vereinsblatt eine Betrachtung, die wohl geeignet ist, die Mitglieder der bürgerlichen Parteien zu mahnen, ihre politischen und bürgerlichen Rechte nicht zu vernachlässigen, da jede Nachlässigkeit der Sozialdemokratie zu Gute kommt. „Auch wenn die Mehrzahl der in der Kasse Versicherten nicht Sozialdemokraten sind,“ heißt es darin, „so erringen die letzteren dennoch wegen ihrer besseren politischen Schulung in den Generalversammlungen die Mehrheit; sie besetzen dementsprechend die Stellen der Arbeitnehmer im Vorstande und sind maßgebend für die Ernennung der Beamten. So sind sie in der Lage, einige Beamtenposten, deren Gehalt außerdem in ihren Händen liegt, wie Kassierer und Krankenbesucher, an Anhänger zu vergeben, die sie natürlich vollständig in der Hand behalten und bei der geringsten Meinungsverschiedenheit mit dem lokalen Parteigott maßregeln und absetzen. Den Luxus einer eigenen Ueberzeugung dürfen sich diese Leute jedenfalls nicht gestatten.“ Des weiteren wird dann ausgeführt, daß auch auf die übrigen Versicherten ein Druck in sozialdemokratischem Parteinteresse ausgeübt wird.

Im Uebrigen kann man auch hier wieder sehen, daß die Freiheit der Sozialdemokratie in Wirklichkeit eine Knechtschaft aller schlimmster Art ist.

Soziale Hilfsarbeit von Frauen und Mädchen.

Im vorigen Jahr haben sich in Berlin Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit gebildet, um den Frauen und Töchtern namentlich der besitzenden Klassen Gelegenheit zu thätiger Theilnahme an gemeinnützigen Bestrebungen zu geben. Jetzt bei Beginn des Winters tritt das Komitee wiederum mit der Bitte um Hilfe hervor. Der Umfang der Mitarbeit soll sich durchaus nach dem Maße der verfügbaren Zeit richten; es soll der individuellen Neigung und Fähigkeit der weiteste Spielraum gelassen werden. — Der berechtigten Scheu der Frauen und namentlich der jungen Mädchen gegen eine „öffentliche“ Thätigkeit wird in gewisser Weise Rechnung getragen, die Mitarbeiterinnen wirken ohne jede Oeffentlichkeit ganz im Stillen in kleinen Gruppen von je 10. Diese werden wieder unter der Leitung und Anweisung erfahrener Frauen in Abtheilungen für Arme, für Kinder, für Krankenpflege zusammengefaßt. Ferner werden für den Winter 1894/95 wieder einige Vorlesungskurse eingerichtet, wie solche im Vorjahre sich eines regen Zuspruchs erfreut haben. Es haben sich hervorragende Fachleute bereit erklärt, Vorlesungsschulen über „Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt“, über „Frauenpflichten im Haus und in der Gemeinde“, über „Die sozialen Verhältnisse der Gegenwart und ihre Entstehung“, sowie über „Volksgesundheitspflege“ zu halten. Im Anschluß hieran finden gemeinsame Besichtigungen von Wohlfahrtsrichtungen zc. statt.

Volks- und Landwirthschaftliches.

Salinenbetrieb im Reg.-Bez. Magdeburg.

Infolge hohen Wasserstandes der Elbe war in diesem Sommer der Absatz der fiskalischen Saline zu Schönebeck im Reg.-Bez. Magdeburg im Allgemeinen, besonders aber auf dem Wasserwege außergewöhnlich hoch. Da schon im Frühjahr die Absatzverhältnisse sich sehr günstig gestaltet hatten, so mußte mit Rücksicht auf die stark herabgeminderten Magazinbestände die Siedesalzgewinnung unter Aufbietung aller Kräfte verstärkt werden. Dies hatte zur Folge, daß die den Arbeitern gezahlten Lohnsummen die durchschnittliche Höhe überschritten.

Erhöhte Schiffsbauhätigkeit.

Auf der Germania-Werft in Gaarden (Reg.-Bez. Schleswig) konnten Ende September etwa 1100 Arbeiter mehr eingestellt werden, und eine weitere Mehreinstellung steht noch bevor. Diese erfreuliche Erscheinung ist eine Folge erhöhter Schiffsbauhätigkeit auf dieser Werft, die gegenwärtig außer einer Rennacht für den Kaiser noch einen Aviso für die türkische Regierung, zwei Frachtdampfer für den norddeutschen Lloyd und einen Frachtdampfer für eine Hamburger Rhederei in Auftrag hat.

Teppichknüpferei als Hausindustrie.

Auf Veranlassung und mit Unterstützung der Handelskammer und einem Zuschuß der Stadt Krefeld ist dort der Anfang gemacht worden mit der Einföhrung der Teppichknüpferei als Hausindustrie. Es soll damit theilweise ein Ersatz geschaffen werden für die im Niedergang befindliche Hausweberei. Die Arbeit von 10 Mädchen, die Unterricht im Teppichknüpfen erhielten, ist jetzt im dortigen Museum ausgestellt; sie besteht aus 6 Teppichen, welche nach orientalischen Mustern in ganz vorzüglicher Beschaffenheit hergestellt sind. Eine den Arbeiten beigegebene Erklärung besagt, daß die Knotenzahl für ein Quadratmeter 83 bis 90 000, gegen 60 bis 65 000 bezw. 35 bis 37 000 Knoten in den im Besitz der königlichen Webeschule befindlichen alten Originalen und gegen etwa 112 000 Knoten in den Teppichen der staatlichen Manufaktur in Paris beträgt. Die Geschicklichkeit der bisher angeleiteten Knüpferrinnen läßt nichts zu wünschen übrig. Eine erfolgreiche Weiterentwicklung des neuen Industriezweiges wird erhofft, weil die äußerst gebiegene Beschaffenheit der Fabrikate diesen für den Absatz empfehlend zur Seite steht.

Statistisches.

Fläche und Bestandsart der Forsten im Deutschen Reich im Jahre 1893.

Die gesammte Forstfläche im Deutschen Reich ist nach vorläufiger Mittheilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes für 1893 auf 13 956 827 Hektar ermittelt worden, davon waren Laubholz 4 667 210 Hektar und Nadelholz 9 288 197 Hektar. Von den Laubholzwaldungen waren 501 415 Hektar mit Eichen, 413 332 mit Birken, 2 032 619 mit Buchen und sonstigem Laubholz bestanden, wozu 112 904 Hektar gemischte Bestände treten. außerdem kommen 445 156 Hektar Eichenschälwald, 42 444 Hektar Weidenhäger und 782 293 Hektar Stockauschlag mit Oberbäumen in Betracht. Unter den Nadelholzwaldungen sind weit über die Hälfte, nämlich 5 841 493 Hektar mit Kiefern, 3 135 621 mit Fichten und Tannen, 42 726 mit Lärchen, endlich 263 278 mit gemischtem Nadelholz bestanden.

Personalien.

Der Regierungsassessor Dr. Schröter ist zum Landrath ernannt und ihm das Landrathsamt im Kreise Heilsberg übertragen worden.

Dem Regierungs- und Geheimen Medizinalrath Dr. med. Zeuschner zu Danzig ist, wie wir hören, die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst gewährt worden.

Der bisherige Kreisphysikus Dr. med. Bornträger zu Sulingen ist dem Vernehmen nach zum Regierungs- und Medizinalrath ernannt worden und als Ersatz für die vakante Danziger Medizinalrathsstelle in Aussicht genommen.

Endlich verlautet, daß der Wahl des Direktors der ersten evangelischen Realschule in Breslau Dr. Wilhelm Richter zum Direktor des Realgymnasiums zum heiligen Geist daselbst die Allerhöchste Bestätigung ertheilt worden ist.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser

Kaiser

wohnte am 4. November einem Trauergebetesdienst bei, der in der Kapelle der russischen Botschaft zu Berlin für weiland den Zaren Alexander III. abgehalten wurde. Die Prinzen des königlichen Hauses, das Kaiserliche Hauptquartier und die Generalität, sowie der Reichskanzler, die Staatsminister und Staatssekretäre und das diplomatische Korps nahmen an der Feier theil, zu welcher das Kaiser Alexander-Regiment eine Ehrenkompagnie mit der Fahne des Regiments gestellt hatte. Am 7. November empfingen die Kaiserlichen Majestäten den neuernannten Bischof von Fulda, Dr. Komp, in Audienz.

Der

Bundesrath

hielt am 5. November eine Plenarsitzung ab, in welcher der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst den Vorsitz führte. Neben dem Reichskanzler ist auch der Minister des Innern von Köller zum preussischen Bevollmächtigten im Bundesrath ernannt worden.

Die Einberufung des

Reichstages

ist auf den 5. Dezember verlegt worden. Voraussichtlich wird sich derselbe zunächst mit der Vorlage gegen die Umsturzbestrebungen zu beschäftigen haben.

In Berlin hat ein Ausschuss des

Bundes der Landwirthe

getagt, der sich mit Vorschlägen über die Reorganisation des Getreidehandels befaßte und beschlossen hat, auch für das Abgeordnetenhaus eine „Wirtschaftliche Vereinigung“ zu begründen, wie sie bereits im Reichstage besteht.

In Posen hat sich am 3. November ein

Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken

gebildet, der seine Thätigkeit in der Vertretung der deutsch-nationalen Interessen gegenüber dem Polenthum suchen, Deutsche für den Erwerb ländlicher und städtischer Liegenschaften, für den Handwerks- und Gewerbebetrieb heranziehen und den deutschen Schulunterricht fördern will.

In Danzig ist am 3. November der

Stapellauf

der Panzerkorvette V erfolgt, die auf Befehl des Kaisers vom Kapitän z. S. Grafen von Haugwitz Odin getauft wurde.

In Dresden ist in Sachen des

Bojkotts,

den die Sozialdemokratie über die dortige Aktienbrauerei Walschlößchen verhängt hatte, eine Einigung erzielt worden. In bürgerlichen Kreisen wird diese Nachgiebigkeit der Brauerei scharf verurtheilt.

Vor dem

Berliner Schwurgericht

stand dieser Tage der Anarchist Schawe, der im August dieses Jahres drei Polizisten, die ihn verfolgten, mit Revolvergeschüssen verwundet hatte. In seiner Wohnung waren sozialrevolutionäre Druckschriften, Waffen und Gegenstände zur Bereitung von Sprengstoffen gefunden worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete am 7. November damit, daß Schawe zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sein Genosse, der Anarchist Dräger, wegen Beihilfe zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt wurde.

Aus dem Auslande.

Die Leiche

Kaiser Alexanders von Rußland

ist am Dienstag, 6. November, Abends in Livadia eingefahrt und von dem nunmehrigen Kaiser Nikolaus, dem Großfürsten Thronfolger, dem Prinzen von Wales und den übrigen anwesenden Prinzen und Großfürsten aus dem Schloß in die große Kirche Livadias getragen worden. Auf dem Wege, der mit Lorbeer- und Oleanderbäumen besetzt war, standen Soldaten mit Fackeln, überall war pomphafter Trauerschmuck angebracht. Die Leiche wird jetzt nach Petersburg übergeführt werden, unterwegs wird sie einen Tag in der Erzengel-Kathedrale zu Moskau ausgestellt werden. — Von allen Seiten treffen Beileidskundgebungen ein.

In

Oesterreich

hat das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit den Eintritt in die Spezialdebatte über den Strafgesetzentwurf beschlossen.

In der

Schweiz

schließt das Budget für 1895 mit 76,535 Millionen Francs in Einnahme und 78,635 Millionen Francs in Ausgabe ab. — Am Sonntag,

dem 5. ds. Mts. ist durch Volksabstimmung mit großer Mehrheit ein Antrag über die sogen. Zollinitiative abgelehnt worden. Es handelt sich um einen von den Ultramontanen eingebrachten Antrag, wonach der Bund den Kantonen vom Gesamtbetrag der Zölle alljährlich zwei Francs auf den Kopf der Bevölkerung abgeben sollte. In der Schweiz muß über jeden Antrag, für den sich 50 000 Unterschriften gefunden haben, vom Volke abgestimmt werden; da diesmal 72 000 Bürger die Forderung gestellt hatten, so mußte ihr entsprochen werden. Der Antrag zielte auf eine Schwächung der Centralgewalt des Bundes ab, dem Machtmittel entzogen werden sollten, und es herrscht jetzt über die Niederlage der Sonderbündler großer Jubel im Lande.

Aus

England

ist von einem Dynamitattentat zu berichten, das in London verübt wurde und gegen den Richter Hawkins gerichtet gewesen sein soll, der vor Kurzem mehrere Anarchisten verurtheilt hat. Es wurde beträchtlicher Schaden an Material herbeigeführt, glücklicherweise aber kein Mensch verletzt.

In

Belgien

haben die Stichwahlen zu den Provinzialrathswahlen stattgefunden und das Ergebnis der Hauptwahlen bestätigt, das darin besteht, daß die Liberalen von den Klerikalen und Sozialisten fast auf der ganzen Linie geschlagen sind. Vereinzelt Erfolge der Liberalen können diesen Gesamteindruck nicht ändern.

In

Luzernburg

ist die Kammer mit einer Thronrede eröffnet worden. Nach dem eingebrachten Budget für 1895 betragen die Einnahmen 9,429, die Ausgaben 8,587 Millionen Francs.

In

Spanien

ist die Ministerkrisis bisher noch nicht beigelegt worden, da mehrere der in Aussicht genommenen Persönlichkeiten abwesend sind. Doch nimmt man an, daß es Sagasta gelingen wird, ein Ministerium zusammenzubringen, in dem alle liberalen Richtungen vertreten sein werden.

In

Bulgarien

hat der Ministerpräsident Stoilow auf eine Interpellation über die auswärtige Politik erklärt, Stambulow sei einzig wegen seiner inneren Politik gestürzt worden. Die auswärtige Politik kleiner Staaten wie Bulgarien müsse sich auf die Entwicklung im Innern gründen. Bulgarien müsse vor allem in ausgezeichneten Beziehungen zu dem Hofe des Suzeräns stehen, sodann mit den Nachbarstaaten und erst in letzter Linie mit den Großmächten, Rußland einbegreifen. Die Regierung werde keinen Finger breit bulgarischer Erde, noch irgend ein erworbenes Recht opfern. Darauf wurde ihm mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum ertheilt.

An der

indisch-afghanischen

Grenze hat ein heftiger Kampf zwischen Eingeborenen und englisch-indischen Truppen stattgefunden. Die indischen Truppen wurden von den Magiristämmen angegriffen, doch schlugen sie diese nach erbittertem Kampf mit großen Verlusten zurück.

In

Ostasien

gestaltet sich die Sachlage für die Japaner immer günstiger: schon wieder sind mehrere Niederlagen der Chinesen zu berichten. Zwar hat sich die Nachricht, daß die Japaner bereits Port Arthur eingenommen hätten, nicht bestätigt, doch ist die Einnahme dieses wichtigsten chinesischen Kriegshafens nur noch eine Frage der Zeit. Nördlich von Port Arthur hat ein schweres für die Japaner günstiges Gefecht stattgefunden, und die Chinesen sind jetzt in der Festung eingeschlossen. Auch im Norden sind die Japaner weiter siegreich: auf ihrem Vormarsch gegen Mukden haben sie die Chinesen wiederum geschlagen. Mit der Rolle eines Retters in der Noth ist Prinz Kung betraut worden. Dieser hat dem Major Hanneken den Auftrag gegeben, eine neue Armee nach deutschem Muster zu bilden, ein Auftrag, der wohl nicht so leicht auszuführen sein wird. Inzwischen ist China zur Erkenntniß seiner Ohnmacht gekommen: Prinz Kung eröffnete den Vertretern der Mächte, daß China nicht im Stande sei, Japan zu widerstehen. Er rufe deshalb die Vermittelung der Mächte an. China sei bereit, die Oberherrschaft über Korea aufzugeben und eine Kriegsschädigung zu zahlen. Ob sich indessen jetzt gleich ein Staat zur Uebernahme der Vermittlerrolle bereit erklären wird, erscheint um so fraglicher, als Japan wenig geneigt sein dürfte, sich ohne weiteres den Vermittelungsverschlüssen zu fügen.

In den

Vereinigten Staaten von Nordamerika

haben bei den Staats- und Gemeindevahlen anscheinend die Republikaner einen großen Erfolg errungen, es scheint, als ob die bisherige demokratische Mehrheit des Repräsentantenhauses sich in eine republikanische umwandeln werde.